

Wochenblatt für Wilsdruff

Tharandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Insetrate
werben Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreigespaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Tharandt.

No. 67.

Freitag, den 19. August

1892.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 füg. — nach dem Durchschnitte der höchsten Lagedreiecke des Hauptmarktes Meißen im Monate Juli d.s. Jz. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirken innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate August d.s. Jz. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende **Marschfourage** beträgt

8 M.	48,- Pf.	für 50 Kilo Hafer,
3 "	54,- "	50 " Heu,
2 "	24,- "	50 " Stroh.

Meißen, am 15. August 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung.

Nachdem sich mit der Wiederübernahme der Geschäfte durch Herrn Bezirkshierarzt Schleg in Meißen die Stellvertretung desselben durch Herrn Bezirkshierarzt Röder in Großenhain erledigt hat, wird dies mit dem Beurkten bekannt gemacht, daß es bis auf Weiteres bei der in der Bekanntmachung vom 1. d.s. Jz. angeordneten zeitigen Anzeigerstattung über das Auftreten der Maul- und Klauenseuche an dem Bezirkshierarzt zu bewenden hat.

Meißen, am 16. August 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Einweihung der Turnhalle.

Kommenden Montag, den 22. d.s. Mts., Nachmittags 3 Uhr, findet die
Einweihung der Turnhalle

Indem wir dazu andurch ergebenst einladen, bemerken wir zugleich, daß die Versammlung der Theilnehmer nicht auf dem neuen Turnplatz, sondern an dem Schulhause

Wilsdruff, den 18. August 1892.

Der Stadtgemeinderath.
Ficker, Bgmstr.

Tagesgeschichte.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen amtlichen Bericht des Reichskanzlers, in welchem der Bericht auf die Berliner Weltausstellung ausgesprochen wird, weil der Plan bei den deutschen Regierungen und Industriellen zu wenig Unterstützung gefunden hat. Das Schriftstück lautet: „Wie Euer Majestät aus meinem allerunterthänigsten Vortrage bekannt ist, sind die Bundesregierungen um eine Neuherierung darüber erucht worden, welche Standpunkt sie dem Projepte einer Berliner Weltausstellung gegenüber einnehmen und welche Ansichten in der Industrie über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Ausstellung bestehen. Die nunmehr eingegangenen Antworten lassen erkennen, daß die industrielle Industrie nur zu ihrem geringeren Theile eine solche für wirtschaftlichen Werth erachtet. Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Industriellen, vor allem auch aus dem Bereich der Großindustrie, steht dem Unternehmen, wo nicht entschieden ablehnend, doch durchaus kühlig gegenüber und glaubt sich einen nennenswerten Erfolg für die Erweiterung unserer Handelsbeziehungen davon nicht verprechen zu können. Wirtschaftliche Gründe, welche auf die Veranstaltung der Ausstellung hindrängen, liegen nach ihrer Ansicht nicht vor. Allerdings hat sich auch in diesem Kreise eine große Zahl von Industriellen mit anerkennenswerther Hingabe bereit erklärt, zu dem Gelingen der Ausstellung nach Kräften beizutragen, falls es aus anderen, als den wirtschaftlichen Gründen zu derselben kommen sollte. Aber ebenfalls und auch dort, wo das Unternehmen warme Befürwortung gefunden hat, ist der Begriff Ausdruck gegeben, daß der Industrie nicht zu hohe Opfer angenommen werden und daß daher nicht nur die gesammten allgemeinen Kosten des Unternehmens aus öffentlichen Mitteln bestritten, sondern auch jenejenigen Industriellen, welchen die selbstständige Aufbringung der aus ihrer Verhüllung erwachsenden Kosten schwer fallen würde, Beihilfen von Seiten des Reiches und der Einzelstaaten gewährt werden müssten. Die Bundesregierungen, davon auswendig, daß die Rege, frei von allen politischen Erwägungen, noch rein wirtschaftlichen Gründen beantwortet werden könne, in ganz überwiegender Zahl das wirtschaftliche Bedürfnis zu einer Ausstellung verneint. Insbesondere hat auch Preußen, dessen Urtheil schon deshalb, weil in seiner Hauptstadt die Ausstellung stattfinden müßte, besonderes Gewicht beansprucht, sich gegen dieselbe ausgesprochen. Im großen und ganzen schließt die Beurtheilung der Bundesregierungen derjenigen der industriellen Kreise sich an. Wenn man das Ergebniß nach der Zahl der Stimmen zusammenfaßt, welche den Regierungen verlohnungsmäßig im Bundesrathe zustehen, so sind 40 Stimmen „gegen“ und 7 Stimmen „für“ die Ausstellung abgegeben, während 11 Stimmen unentschieden lauten. Eine erfolgreich Durchführung des Unternehmens hat die allgemeine und einmütige Überzeugung von dem Nutzen derselben für die Industrie und das opferwillige Zusammenwirken aller beteiligten Kreise zur unabdingten Voraussetzung. Da beides fehlt, so muß

ich von einem Eintreten des Reiches abrathen. Eure Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll, zu einer entsprechenden Rundgebung mich Allergnädigst ermächtigen zu wollen.“ Der Kaiser hat auf Grund dieses Berichtes dahin entschieden, daß den Pläne einer Weltausstellung in Berlin von Reichswegen nun nicht näher zu treten sei.

Die seit langem angekündigte neue deutsche Militärvorlage droht fast zu einem politischen Sommerspuk zu werden. Denn noch wie vor lautet die Mittheilung über den Inhalt der Vorlage ungemein widersprüchsvoll; namentlich streitet man sich darum, ob sie als ihren Kernpunkt das Prinzip der zweijährigen Dienstzeit enthalten werde oder nicht. Auch hinsichtlich der Beschaffung der Mittel zur Befreiung der Kosten der geplanten Armeeverorganisation schwören die Gerüchte kraus durcheinander und schließlich gilt dies auch von dem Zeitpunkte des Erscheinens der neuen Militärvorlage. Die einen wollen wissen, der Entwurf werde dem Reichstage bestimmt in seiner kommenden Session unterbreitet werden, die Anderen dagegen behaupten, die angekündigte Militärvorlage werde dem Reichstag vielmehr erst in seiner übernächsten Session zugehen. Unter solchen Umständen, empfiehlt es sich natürlich, den Lauf der Dinge abzuwarten.

Aus Elsaf-Borringen, 10. August. Am 1. Juli d. J. ist in weiteren 74 im französischen Sprachgebiet gelegenen Gemeinden die französische Amtssprache durch die deutsche ersetzt worden. Die neue Einrichtung hat sich recht gut bewährt. Die Gemeindebeschreiber, denen die Hauptarbeit bei der Neuerung zufällt, sind meistens Lehrer, die in den deutschorganisierten Seminaren ausgebildet worden sind und deshalb beide Sprachen annähernd gleich gut beherrschen. Die Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder stammen entweder aus dem deutschen oder gemischten Sprachgebiete oder haben durch geschäftliche Beziehungen mit den deutschsprechenden Ortschaften etwas deutsch gelernt. Nicht wenige haben auch in altedeutschen Garnisonen gedient und von dort ausreichende Sprachkenntnisse mitgebracht. Für die Wertschätzung des Deutschen seitens der Bevölkerung ist die Einführung derselben als Amtssprache von unschätzbarer Bedeutung, die Leute lernen dadurch einzsehen, daß der nur französisch sprechende Bürger es nicht einmal mehr zum Nachtwächter oder Feldhüter bringen kann und weder auf ein staatliches noch ein gemeindliches Ehrenamt rechnen darf. Da auch die geschäftlichen Interessen die Kenntnis der deutschen Sprache immer mehr verlangen, so ist es erfärllich, daß die Bevölkerung sehr darauf hält, daß die heranwachsende Jugend beide Sprachen lernt. Sobald das durch die deutschorganisierte Schule gegangene Geschlecht die Reife für das öffentliche Leben erlangt haben wird, wird man mit der allgemeinen Einführung der deutschen Geschäftssprache vorgehen können. Voraussichtlich wird in einem Jahrzehnt die letzte dispensirte Gemeinde verschwunden sein.

Auf Grund des Gesetzes vom 31. März betrug die Zahl der

pensirten Gemeinden nicht weniger als 428 oder ein Viertel sämtlicher Gemeinden des Landes.

Hamburg, 15. August. Die „Hamburger Börse“ meldet aus Liverpool, daß die neue Bark „Thracian“ in der vergangenen Nacht beim Bugstern von Greenock nach Liverpool in Folge Sturmes bei der Insel Man gescheitert ist. Die siebzehnköpfige starke Mannschaft ist ertrunken.

Die Aufhebung des russischen Roggenausfuhrverbotes scheint endlich unmittelbar bevorzugt. Wenigstens kündigte eine Petersburger Depesche den Zusammentritt der von der russischen Regierung seinerzeit eingesetzten Getreidekommission für Montag an; in dieser Sitzung sollte über die Aufhebung des Roggenausfuhrverbotes berathen werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese zu erwartende Maßregel mit den signifizierten deutsch-russischen Handelsvertragserhandlungen im Zusammenhang steht.

St. Petersburg, 13. August. Nach den neuesten, hier eingetroffenen Nachrichten fordert die Cholera im Westen und Norden vielmehr Opfer, als dies im Süden der Fall gewesen. Längs der Wolga ist kein Ort seuchefrei. Die unteren Volkschichten vernachlässigen alle sanitären Maßregeln und erhoffen nur Hilfe von den Bittgängen, deren dort unzählige täglich stattfinden.

Petersburg, den 16. August. Gestern starben hier neun Personen an der Cholera.

Das italienische Räuberunwesen scheint von neuem aufzuleben. In der Ortschaft Castellanare bei Palermo wurde ein reicher Grundbesitzer Sogiorgi von Briganten, welche jetzt ein hohes Lösegeld verlangen, entführt. Die Behörden haben sich mit einem großen Aufgebot von Gendarmen nach dem Thatore begeben, um den Gefangenen zu befreien. Angefischt der wachsenden Un Sicherheit in Sizilien bat die italienische Regierung eine wesentliche Verstärkung der Polizei, sowie eine Erhöhung der Belohnung für das Ergreifen von Räubern aus. Die Räuber, welche vor kurzem den reichen Gutsbesitzer, Bilotti verbrannten, weil derselbe ein Lösegeld zahlen wollte, sind nach verzweifeltem Kampfe von den Gendarmen gefangen. — Auf der Straße von Viterbo nach Toscaneella räubten Banditen den Postwagen total aus. Der Postfährer steht im Verdacht, mit den Räubern unter einer Decke gestellt zu haben.

Sofia, 16. August. Etwa 2000 hiebige Bürger brachten dem Fürsten, unter Anführung des Bürgermeisters, einen Fackelzug vor. Als der Fürst auf dem Balkon des Schlosses erschien, hielt der Bürgermeister eine patriotische Rede, welche bestürzt aufgenommen wurde. Der Fürst dankte für die ihm dargebrachte Ovation und brachte ein Hoch auf Bulgarien aus. Hier ist die Stimmung wegen des Empfangs, welchen der Fürst im Auslande, wie Stambuloff in Konstantinopel, eine gehobene.